

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 R. monatl. Einzelne Nr. 40 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 4 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 8 R., unter Eingekauft 10 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 16

Donnerstag, 19. Januar

1922

Dresden, 18. Januar.

Besprechung der Ministerpräsidenten in Berlin.

(St. K.) Ministerpräsident Sud wird sich am Freitag, den 29. Januar, nach Berlin begeben, um auf Einladung des Reichskanzlers an einer Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder teilzunehmen.

Der amerikanische Botschafter für das Deutsche Reich.

Die deutsche Regierung hat das Argument zu der Ernennung des Mitgliedes des amerikanischen Repräsentantenhauses Houghton zum Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin erteilt.

Die Reparationsberatungen in Berlin.

Im Laufe des gestrigen Vormittags war das Reparationsproblem wieder Gegenstand eingehender Beratungen in den einzelnen zuständigen Ministerien des Reichsministeriums. Es veranlaßt, daß in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Reichskanzler Dr. Brüning Mitteilungen über die Entwicklung des Reparationsproblems, die Verhandlungen in Genua und die bevorstehende Konferenz in Genua machen wird. Die Rede des Reichskanzlers wird jedoch wahrscheinlich für vertraulich erklärt werden. Im übrigen ist anzunehmen, daß die Reichsregierung nunmehr auf ihrer bisherigen Zurückhaltung beharren wird und auch in der Öffentlichkeit zu dem gegenwärtigen Stande des Reparationsproblems sowie zur allgemeinen politischen Lage Stellung nehmen wird. Ob die Regierungserklärung schon in der ersten Plenarsitzung des Reichstages am Donnerstag erfolgen wird, hängt hauptsächlich von dem Verlauf der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ab.

Über die vorgestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages erfahren wir noch folgendes: Die Ausführungen des Reichskanzlers haben im Reichsratsauschuß einen äußerst günstigen Eindruck gemacht. Die Mitteilungen, die Dr. Brüning auf Grund der Mathenaischen Berichte geben konnte, im wesentlichen befriedigt worden. Wir erfahren u. a., daß insbesondere der bayerische Gesandte v. Preger seine volle Zustimmung zu den Ausführungen des Reichskanzlers erteilt haben soll. Die Ansicht, die über die politische Situation zurzeit in der Regierung verbreitet ist, ist nicht unähnlich. Man glaubt, daß die Verhandlungen in Genua ein für Deutschland nicht unbefriedigendes Ergebnis haben werden, und daß ferner die Linie der wirtschaftlichen Besprechungen, die bisher die Politik in für Deutschland und Europa gutem Sinne beeinflusst hat, auch weiterhin beibehalten wird.

Die deutsche Delegation für Genua.

(Eigene Meldung.)

Über die deutsche Delegation, die an der Konferenz in Genua teilnehmen wird, können vom Reichskabinett nähere Beschlüsse erst gefällt werden, wenn die Stärke und Vertretung der anderen Abordnungen bekannt ist. An zuständigen Stelle rechnet man mit der Entsendung von fünf Delegierten.

Die Beamtenbefolgung.

Die Regierungsvorlage über die Ausbeziehung der Beamten- und Staatsangehörigenbezüge wird dem Reichstag am nächsten Freitag beschickt.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Sachsen, teilt mit: Aus allen Ortsgruppen des Bezirks erhalten wir die Nachricht, daß die Mitglieder, Beamte wie Arbeiter, die von der Regierung bewilligten Zulagen als völlig ungenügend ablehnen. Sie fordern den Verhandlungsstand auf, der Regierung gegenüber das unzureichende Angebot der Verhandlungen zu betonen und, falls eine Einigung nicht möglich ist, die Arbeitsniederlegung anzukündigen. Aus dem aus einer der Ortsgruppen übermittelten Material für die Verhandlungen über die Arbeitsnieder-

Kanzlerrede auf dem Zentrums-Parteitage.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Zentrums-Parteitage in Berlin hat der Reichskanzler Dr. Brüning das Wort zu längeren Ausführungen über die politische Lage genommen. „Die Aufgabe der deutschen Politik“, so erklärte er, „wird in den nächsten Tagen darin bestehen, daß wir zu der Lage Stellung nehmen, wie sie durch Genua geschaffen worden ist. Wir müssen Beschlüsse fassen, die innerpolitisch absolut notwendig sind. Im letzten Jahre haben wir oft Ja gesagt und außer Ja war immer ein ausreichendes Ja. Schon damals, bei der Annahme des Londoner Ultimatum, habe ich gesagt, daß die weltwirtschaftlichen Folgen dieses politischen Aktens unseren Gegnern zur Last fallen werden. Wir haben in diesem Sinne die Frage wirtschaftlich doch richtig abgeklärt und unser Ja war richtig und ist heute noch als richtig anzusehen, weil die gesamte Welt die Lage damals nur politisch und nicht wirtschaftlich gesehen hat. Heute stellt sich heraus, daß die Gegenseite, die sich im Rahmen des Versailler Vertrages ausgerechnet hat, wie viele Milliarden das deutsche Volk zahlen soll, die wirtschaftliche Seite dieser Milliarden überhaupt nicht unterrichtet war. Erst heute hat man in allen Ländern gemerkt, was eine Milliarde Gold eigentlich wirtschaftlich bedeutet. Trotzdem werden wir aber auch fernsehen können, was menschlich möglich ist. Wir werden jedoch die Welt fragen, welches eigentlich ihr Ziel ist. Sofern überhaupt von Kriegsschuld gesprochen werden kann, haben alle Völker der Welt Anteil daran. Aber ist diese Schuld nur damit wieder gutzumachen, daß ein einziges Volk, das sich ritterlich gewehrt hat gegen eine ganze Welt, andächtig wird wie eine Litore und dann auf die Seite gelegt und ausgemerzt wird aus der Geschichte? Ich bitte Sie, mit uns zu arbeiten an dem Gedanken der Solidarität aller wirtschaftstreibenden Völker der ganzen Welt, für das große Prinzip einer internationalen Politik. Für diese Politik haben wir im letzten Jahre Leiden und Opfer erlitten, die niemand verkennen kann. Wir wollen eine wirtschaftliche Verhandlung, wir wollen alle Völker an den Verhandlungstisch bekommen, damit die Probleme der Wiedergutmachung und des Finanzwesens geregelt werden. Dieses Ziel, das eine Verhandlung der ganzen Menschheit voransetzt, dieses Ziel haben wir erreicht, indem wir den Leidensweg von London, bis nach Genua gegangen sind. Genua steht vor der Tür. Es soll eine wirtschaftliche Konferenz der ganzen Welt werden.“

Diejenigen, so führte der Reichskanzler weiter aus, die da glauben, man könne mit einer vornehmen Geste oder gar mit einem Parabemerkung die Politik meistern, seien nicht berufen, Verantwortung zu übernehmen, werde die Tür nicht zugemacht werden. Aber nicht der Weg theoretischer Erwägungen sei der richtige, um große Koalitionen vorzubereiten, auch nicht die Besprechungen von Parteipapsten, sondern alle, die an einer Erweiterung der Regierung Interesse hätten, müßten sich für das große Problem der nächsten Tage interessieren, das sehr leicht die Fundamente für eine größere Regierung abgeben könnte. Die Plattform, auf die man dabei trete, sei kein glatter Soloboden, es sei mehr eine Art Folter, bei der man in Lächer trete und bald in eine indirekte, bald in eine Bestrafung hineingerate. Eine Koalition auf breiter Basis müsse eine Regierung auf längere Sicht sein, wenn

zuschläge geht hervor, daß die Eisenbahnarbeiter unter Zugrundelegung ihrer neuen Löhne in der übergroßen Zahl der Orte immer noch vier bis fünf Mark an Stundenlohn weniger als die Privatarbeiter erhalten. Genua so liegen die Verhältnisse bei den Beamten. Die von der Regierung zugelagten Übererwerbszuschläge können keine ausreichende Hilfe bringen. Die Stimmung der Mitglieder im Lande ist äußerst erregt, sobald mit der Möglichkeit der Arbeitsniederlegung gerechnet werden muß.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, erklären die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und im Wandbund angeschlossenen Gewerkschaften, die an

man nicht Gefahr laufen wolle, daß ein Teil aus Angst vor den Wahlen sich bald wieder in die Büsche schlage. Die nächsten Tage stellen uns außerordentliche Aufgaben. Die Lösung von Genua sei keine endgültige. Die allergrößte Frage, wie die Völker überhaupt unter den Reparationslasten nebeneinander leben sollen, sei noch offen. Sie könne erst gelöst werden, wenn Amerika sich wieder für Europa zu interessieren beginne. Als der Präsident der Bank von England dem Reichsbankpräsidenten mitgeteilt habe, daß unter solchen Zahlungsbedingungen, wie sie Deutschland auferlegt worden seien, Kredite in England zu Reparaturzwecken nicht zu erhalten seien, sei der Moment gekommen gewesen, in dem das deutsche Volk seinem Gegner sagen konnte: „Prüft angesichts dieses bedeutungsvollen Spruches die Leistungsfähigkeit Deutschlands nach.“ Diese Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Sie werde binnen kurzem vollendet werden müssen. Was wir ferner brauchen, sei ein aufrichtiges Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst sei, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen. Bei der Aufstellung des Finanzprogramms werde es sich zeigen, ob die Zentrums-Partei die große politische Partei sei. Auch in ihren Reihen fehle es nicht an Gegnern über die Frage der Steuern. Aber die parteipolitische Beschäftigung werde sich darin zeigen, daß das Steuerkompromiß zustande komme. Sei es nicht möglich, mit der Mehrheitssozialdemokratie zu dem Kompromiß zu kommen, so sei innerpolitisch die heutige Politik gescheitert, und eine neue Regierung müßte die Krisenaufgabe lösen. Man werde sich aber nicht darauf einlassen, durch eine sogenannte Regierungskrise zur Verwirrung der Weisheit beizutragen. Sollte die Regierung nicht imstande sein, mit den Parteien, die guten Willens sind, die Probleme zu lösen, so müßte sie in offener Fehlschicht im Plenum des Reichstages geführt werden. Integritätentum werde das deutsche Volk nicht ins Freie schießen, sondern nur aufrechter und ehrliche Arbeit auf allen Plätzen. Sollte das Zentrum etwa in die Opposition gedrängt werden, so heiße für diese Partei Opposition nicht, draußen herumzulaufen und die Landwirte gegen die Regierung aufzubehnen. Opposition heiße auch nicht, den Mittelstand in eine verhängnisvolle Negation dem Staate gegenüber hineinzutreiben, sondern Opposition heiße, die Regierung mit dem festen Willen zu bekämpfen, um möglichst schnell wieder in die Regierung hineinzukommen, damit man es besser machen könne. Politik treiben heiße für das Zentrum Opfer bringen, und zwar heuchlich wie politisch. Nach der ungerechten Entschädigung über Oberschlesien habe er seinen dortigen Parteifreunden wiederholt erklärt, er sei nicht der Kanzler der Zentrums-Partei, er wäre seinen Weg auch dann gegangen, wenn ihm die Zentrumsfraktion nicht ihr volles Vertrauen geschenkt hätte. Das Zentrum sei die Partei, welche die deutschen Randgebiete wieder mit dem nationalen Gedanken einer großen Einheit und Geschlossenheit erfüllen müsse. Kritik habe ihre Berechtigung, aber das Jahr 1922 dürfe nicht mehr in dem Zeichen des ungelassenen Perimeterkampfes des letzten Sommers stehen. Der Dienst an Volk und Vaterland, die Arbeit an seiner Freiheit, das sei für ihn und seine Partei Gottesdienst, das sei Christendienst, das sei die große Liebe, die nicht nur das einzelne Volk an sich umfasse, sondern die auch im Dienste der Menschheit Gutes tun wolle.

der Teuerungsbewegung der Beamten, Staatsangestellten und Arbeiter beteiligt sind, daß durch die vom Deutschen Beamtenbund und dem Christlich-Deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstage übermittelte Eingabe über die Beamtenforderungen die Einheitsfront der in den bisherigen Verhandlungen über eine Neueingelung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten beteiligten Spitzenverbände gesprengt worden sei. Durch dieses Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes werde der Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwebenden Verhandlungen über die Bekämpfung der Teuerungszuschläge aufs äußerste gefährdet.

Arbeitermangel in der Landwirtschaft.

Von Regierungsrat Pätzsch, Leiter des Landesamtes für Arbeitsvermittlung.

In letzter Zeit haben sich die Klagen der Landwirte über den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern vermehrt. Daß zurzeit Arbeitermangel besteht, ist nicht zu bestreiten, und auch die stellenweise aufstrebende Besorgnis darüber, wie im kommenden Jahre die Arbeiten in der Landwirtschaft bewerkstelligt werden sollen, läßt sich nicht von der Hand weisen. Die Leute auf dem Lande ist aber keineswegs nur eine Erscheinung der neueren Zeit; sie geht vielmehr parallel mit der Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat, und mit dem Fortschreiten der Industrialisierung hat eine immer stärkere Verschiebung der Arbeitskräfte zugunsten der Landwirtschaft stattgefunden. Diese Verschiebung tritt natürlich in einem vorwiegend industriellen Lande wie in Sachsen viel deutlicher hervor als dort, wo die Industrie nur schwach, die Landwirtschaft aber um so stärker vertreten ist. Das ergibt sich auch klar aus den Meldungen der Arbeitsnachweise. Danach waren am 2. Dezember in der Land- und Forstwirtschaft:

im Reich 10 605 männl. und 2200 weibl., d. i. zusammen 12 817 Arbeitsuchende,
4434 männl. und 5754 weibl., d. i. zusammen 10 188 offene Stellen,
in Sachsen 516 männl. und 373 weibl., d. i. zusammen 889 Arbeitsuchende,
424 männl. und 683 weibl., d. i. zusammen 1107 offene Stellen

zu verzeichnen. Gegenwärtig ist die Industrie außergewöhnlich stark beschäftigt, daher der besonders starke Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Gewisse Anzeichen deuten aber schon jetzt darauf hin, daß dieser Zustand nicht von Dauer ist, und daß sehr bald viele Arbeitskräfte in der Industrie überflüssig werden. Allerdings vollzieht sich die Abwanderung aus der Industrie in die Landwirtschaft niemals mit der Schnelligkeit und in dem Umfange wie umgekehrt.

Erklärlich erscheint dieser Vorgang durch die Abneigung, die bei der Arbeiterchaft vielfach gegen die Beschäftigung in der Landwirtschaft besteht, nicht etwa wegen der landwirtschaftlichen Arbeit als solcher, sondern weil die hier herrschenden Löhne, die Dauer der Arbeitszeit und manches andere ungleich ungünstiger ist als in der Industrie. Auf Grund dieser Tatsache, die auch von den Landwirten gar nicht bestritten wird, ist es menschlich durchaus begreiflich, daß der Arbeiter, der zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Beschäftigung zu wählen hat, sich in jedem Falle für das ihm Günstigere entscheidet. Inwieweit sich behaupten, daß die augenblicklich zu ergreifenden Maßnahmen den Arbeitermangel in der Landwirtschaft nicht völlig beseitigen, wohl aber wesentlich mildern können.

Nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei manchen Arbeitgebern besteht eine gewisse Abneigung gegen die Aufnahme ländlicher und Industriearbeiter in die Landwirtschaft. Man hält solche Arbeiter vielfach zur Landwirtschaft ungeeignet, zu anspruchsvoll bezüglich ihrer Forderungen, für gefährlich im Verkehr mit den eigentlichen Landarbeitern, vorurteil, vielleicht auch vereinzelte unglückliche Erfahrungen werden leicht verallgemeinert. Dabei wird die Hauptfrage völlig übersehen, nämlich, daß in Anbetracht der zunehmenden Abwanderung der Landarbeiter in die Industrie und in die Städte überhaupt kein anderer Weg übrigbleibt, als aus der industriellen und ländlichen Bevölkerung den entstandenen Mangel wieder zu decken. Bei der teilweise erheblichen Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens ist es unter Umständen leichter, einen ländlichen Arbeiter auf das Land zu ziehen, als einen nach der Stadt abgewanderten Landarbeiter wieder zur Rückkehr zu bewegen. Im Jahre 1921 sind bis Ende Oktober von den sächsischen Landwirtschaften in die sächsische Landwirtschaft 5489 gelernte und angelernte Landarbeiter und 1283 Industriearbeiter und in die außer-sächsische Landwirtschaft 1492 gelernte und angelernte Landarbeiter und 4106 Industriearbeiter vermittelt worden. Mit den nach außer-sächsischen Gebieten vermittelten Arbeitern